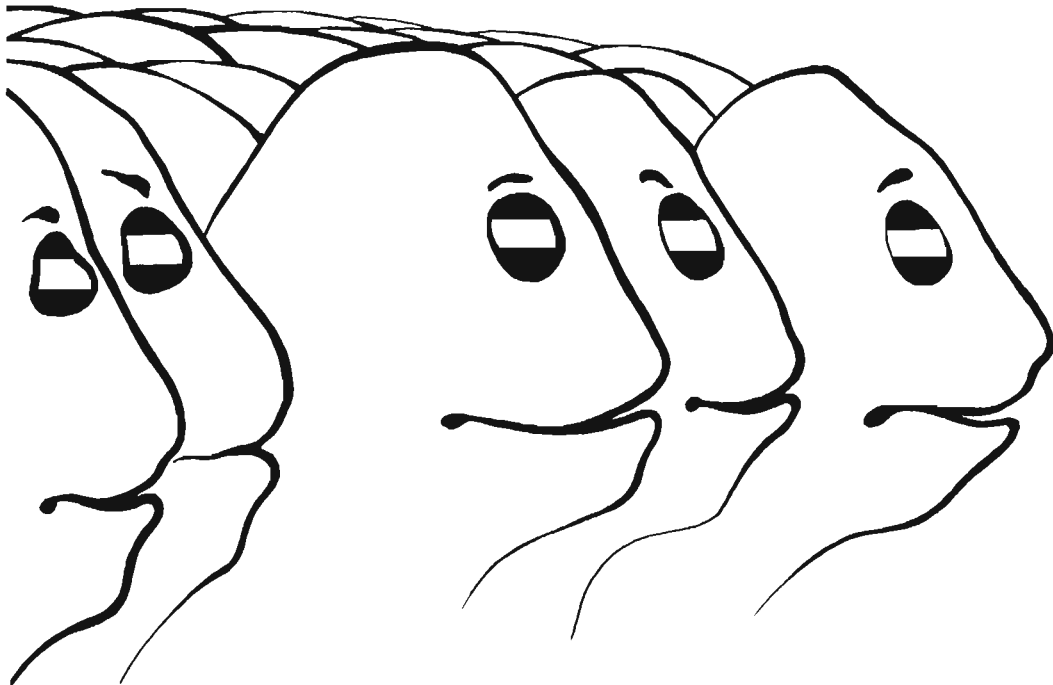


aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

september nr 43

stimmvieh



Danke, nein.

OFFENSIV LINKS

braucht DICH auch nach dem 10. Oktober!

<i>Wir kandidieren</i>	<i>3</i>
<i>Arbeiterkontrolle</i>	<i>4</i>
<i>Mit Lenin für die Kampagne</i>	<i>8</i>
<i>Wir sind keine Sklaven</i>	<i>11</i>
<i>"zur diskussion"</i>	<i>15</i>
<i>Bildungssituation: Ungleichheit</i>	<i>19</i>
<i>Kriegsdienstverweigerer in Israel ...</i>	<i>22</i>
<i>Gegenüberstellung</i>	<i>24</i>

+++++

"aspekte" Diskussions- und Informations-
blatt der Freien Österreichischen Jugend
(Bewegung für Sozialismus) - Wien.
Eigentümer, Herausgeber und Verleger:
Freie Österreichische Jugend, für den In-
halt und die Vervielfältigung verantwort-
lich: Alfred Prandl, alle Wien 1040, Bel-
vederegasse 10. Telefon: 65 19 52
Kontonummer: 2-307-435 Länderbank, Wien.

Erste Aktion:

Wir kandidieren

Über die Absichten, die wir mit dieser unserer Kandidatur verbinden, bestehen noch große Unklarheiten. Die erste Erklärung von "offensiv links" beschränkte sich in erster Linie darauf, einige Aspekte im Zusammenhang mit unserer Haltung zur SPÖ und KPÖ zu beleuchten, genügte aber nicht, um den Charakter und Inhalt unserer Kandidatur eindeutiger zu vermitteln. Geht es uns doch weniger darum, die Auseinandersetzung mit unserer Vergangenheit zu führen, sondern den zukunftsorientierten und offensiven Zug unseres Vorhabens zu zeigen.

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist die Erkenntnis, daß es, um in Österreich gesellschaftsändernd wirken zu können, einer neuen revolutionären Bewegung bedarf (wir möchten auf den Entwurf zum Grundsatzprogramm der FÖJ hinweisen). Die Kandidatur zu diesen Wahlen kann daher nur von dem Gesichtspunkt betrachtet werden, in wie weit sie die Entwicklung einer derartigen Bewegung fördert bzw. hemmt.

Man mißverstehe uns nicht, auch wir wissen, daß dieses Ziel nicht allein von unserem Willen abhängig ist sondern nur Ergebnis eines Entwicklungsprozesses in den Betrieben sein kann. Wir geben uns also nicht der Illusion hin, daß mit dem Auftreten von "offensiv links" jene so notwendige Organisation geschaffen wurde, sondern sehen unsere Aufgabe darin, in diesem Sinne einen Impuls zu geben.

In der Unterstützung von KPÖ oder SPÖ sehen wir keine Möglichkeit, dieser Aufgabe gerecht zu werden.

Die Orientierung auf junge Menschen bedeutet nicht, daß wir den Generationskonflikt anstelle der Klassenauseinandersetzungen setzen wollen, sondern entspricht den Erfahrungen, daß im Rahmen ihrer Klasse junge Menschen eher bereit sind, sich zu engagieren. Die Heuchelei, Verlogenheit und die Bevormundung seitens der Herrschenden werden von jungen Menschen eher erkannt und die Bereitschaft zum unbestimmten Protest ist weit stärker. In diesem Protest sehen wir einen Ansatzpunkt, unsere Vorstellungen zu vermitteln und jene junge Menschen in den Betrieben, die ein kritisches Bewußtsein haben, zu einem Engagement zu bewegen. Das ist eine Chance, aus dem Dilemma der Linken auszubrechen.

Wir haben deswegen die Absicht, den Wahlkampf so zu gestalten, daß durch ihn die Aktivität auch nach den Wahlen ermöglicht wird. Wir wollen an die bereits existierenden Probleme anknüpfen, ihre Behandlung vorantreiben, unabhängig ob dies wahlopportunistisch ist oder nicht. Die Schwerpunkte, die sich diesbezüglich abzeichnen, werden in dieser Nummer der Aspekte in eigenen Artikeln beleuchtet.

Neben der durch die größeren Informationsmöglichkeiten geschaffenen Chance, unsere Vorstellungen zu vermitteln, wollen wir mit Hilfe unserer Kandidatur den eigenen Qualifizierungsprozeß weiter entwickeln und durch die gemeinsame Arbeit der an unserer Kandidatur beteiligten Gruppen die Möglichkeit zeigen, einen Vereinheitlichungsprozeß der linken Jugend in Gang zu bringen. ■



VON PETER HALLSTEIN

Am 6. Mai dieses Jahres wird das Renault-Hauptwerk in Paris-Billancourt von seiner Belegschaft besetzt. Wenige Tage später, am 12. Mai, übernehmen finnische Arbeiter die Lievestuorer Papierfabrik. Dies sind nur zwei praktische Beispiele für die Anwendung einer Kampfform, die als "Arbeiterkontrolle" bezeichnet wird und immer stärker in den Mittelpunkt der Diskussionen der Arbeiter- und Studentenavantgarde rückt.

Obwohl es sich hier um eine alte Forderung der Arbeiterbewegung handelt (sie wurde bereits am 3. Kominternkongreß aufgestellt und u.a. später von Trotzki in seinem Artikel über "Arbeiterkontrolle der Produktion" 1931 behandelt), war sie seit drei Jahrzehnten in Vergessenheit geraten. "offensiv links" propagiert in seiner Wahlkampagne diese Losung, grenzt sie von der reformistischen Illusion der "Mitbestimmung" ab und erklärt ihren Stellenwert im Kampf für den Sozialismus.

"Arbeiterkontrolle" ist eine Übergangsforderung. Sie geht von unmittelbaren Hauptforderungen der breiten Masse aus und führt zu

Auseinandersetzungen, die in der Praxis das kapitalistische System in Frage stellen. Während Reformen das kapitalistische System, wegen ihrer Integrierbarkeit unerschüttert lassen, sprengt die Übergangslösung dieses System. In letzter Konsequenz führt sie zu einer Situation der Doppelherrschaft und zu einer revolutionären Kraftprobe der Klassen. Daher muß diese Forderung einen entscheidenden Platz in der sozialistischen Strategie für ein industriell entwickeltes Land einnehmen. Sie ist das Sprungbrett vom umfassenden Kampf der Arbeiterklasse gegen die Unternehmer zum Kampf um die Macht. Der eine Kampf muß sich zwingend aus dem anderen entwickeln, daher dürfen die Arbeiter diese Losung nicht als etwas ihnen Fremdes, von außen in ihre Kämpfe Hineingetragenes ansehen. "Arbeiterkontrolle" stellt die kapitalistische Macht erst im Betrieb, dann im ganzen Land in Frage, sie ist eine Brücke zwischen den unmittelbaren Tagesforderungen und dem Kampf um die Macht. Die kapitalistische Konzentration, die wachsende Verflechtung zwischen den Monopolen und dem bürgerlichen Staat, die

Rolle des Staates als Garant des Monopolprofites, die Tendenz zur "Programmierung" der neokapitalistischen Wirtschaft - das alles begünstigt die Verlegung des Schwerpunktes der Klassenkämpfe von der Fabrik in den Bereich der Gesamtwirtschaft.

mitbestimmung ein schwindel

Da in der kapitalistischen Wirtschaft alles miteinander zusammenhängt, genügt es nicht, nur um Lohnerhöhung zu kämpfen, man muß auch die Preise, die Aufstellung des Index, die Steuern, die Investitionen, die kapitalistische "Rationalisierung" unter die Lupe nehmen.

Ständig versuchen die Kapitalisten die Lohnerhöhungen durch Preiserhöhungen, Steuererhöhungen, Fälschung des Index zu entwerten. Führen die Arbeiter ausschließlich Kämpfe um Tagesforderungen, also nur um eine bessere Verteilung des von ihnen neugeschaffenen Wertes, werden sie ganz sicher betrogen. Sie müssen die gesamte Funktionsweise der Wirtschaft angreifen.

Als das Kapital noch unumschränkt herrschte und die Arbeiter nur schwach organisiert waren, führte es den Klassenkampf mit aller Härte. Heute ist das Kräfteverhältnis für das Kapital weniger günstig. Also arbeitet man mit feineren Methoden. Eine davon ist das Gerede von der "Sozialpartnerschaft" und der "Mitbestimmung". Es geht hier darum, gewerkschaftliche Organisationen und ihre Vertreter in eine tägliche Praxis der Klassenzusammenarbeit hineinzuziehen, um so die sozialen Gegensätze zu verschleiern und die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu schwächen.

Werden Gewerkschaftsführer in paritätische Kommissionen "integriert", warum sollen auf Betriebsebene nicht Arbeiter in beratenden Körperschaften an der Betriebsführung teilhaben, argumentieren die Reformisten.

Durch die Illusion der Mitbestimmung, die vom ÖGB bewußt gefördert wird, erhalten die Arbeiter vielfach die falsche Vorstellung, daß der eine oder andere Betrieb ein wenig "ihr eigener" geworden sei. Doch der Kapitalismus hat sein Gesicht nicht gewandelt, nur seine Taktik. Während er die Arbeiter in die Falle der Klassenzusammenarbeit lockt, hält er die eigenen Waffen geschärft: Seine Finanzmacht, das Privateigentum an den Betrieben, die Unterwerfung der Wirtschaft unter das Profitsystem. Gleichzeitig versucht er die einzige Waffe der Arbeiterklasse abzustumpfen: ihre Fähigkeit sich zu organisieren und für ihr gemeinsames Klasseninteresse zu kämpfen.

Aus diesem Grund müssen Gewerkschaften und Arbeitervertreter jede Verantwortung für die Führung des Betriebes und der kapitalistischen Wirtschaft zurückweisen. "Arbeiterkontrolle" und "Mitbestimmung" sind Gegensätze. Oft wird der Begriff "Mitbestimmung" von ehrlichen Linken mit "Arbeiterkontrolle" verwechselt. Im einzelnen muß man in solchen Fällen das Ziel der Aktion und der angewandten Praxis überprüfen. "Mitbestimmung" bedeutet Verbindung mit dem Kapital, geheime Abmachungen, Päckerei hinter dem Rücken der Arbeiter.

"Arbeiterkontrolle" hingegen bedeutet uneingeschränkte Publizität und Diskussion über alle Geheimnisse des Unternehmens und der Wirtschaft vor der Generalversammlung der Arbeiter, Aufdeckung des Funktionierens der kapitalistischen Wirtschaft, Einwirkung der Arbeiter auf alle Rechte des Eigentums, der Betriebsführungen und des Staates. Das bedeutet letztlich die Schaffung einer Macht neuen Typs, die unendlich demokratischer und gerechter ist als die bürgerliche "Demokratie", eine Macht, in der die Arbeiter über ihr eigenes Schicksal entscheiden.

aktionsprogramm für arbeiterkontrolle

Wie kann unsere Agitation für "Arbeiterkontrolle" dazu beitragen, die Kampfbereitschaft der arbeitenden Massen anzuregen und deren Klassenbewußtsein zu heben, um schließlich zu einer Sprengung des Systems zu führen? Zunächst kann die Forderung nach "Arbeiterkontrolle" nur durch die Diskussion und die Anregungen aus den Betrieben selbst konkretisiert werden. Ohne ein Aktionsprogramm abstrakt zu entwickeln, wollen wir nur die Kriterien für "Arbeiterkontrolle" zusammenfassen und dann versuchen, einige Vorschläge für Teillosungen zu unterbreiten.

Als "Übergangslösung" muß "Arbeiterkontrolle" von den unmittelbaren Interessen der Arbeiter ausgehen, aber so beschaffen sein, daß der Kapitalismus sie nicht integrieren kann. Sie muß einen Zustand der Doppelherrschaft schaffen, der zu einem globalen Zusammenstoß zwischen Kapital und Arbeit führt. Die Losung muß den Arbeitern das Wesen des Kapitalismus klarlegen und sie lehren, dieses System in seiner Gesamtheit zu bekämpfen. Aufgrund dieser Voraussetzungen könnten folgende Forderungen erhoben werden:

1. ÖFFNUNG DER RECHNUNGSBÜCHER:
Das bedeutet Überprüfung von Statistiken, Bilanzen und Steuererklärungen der Unternehmer. Oft wird durch Fälschungen der Profit verschleiert, um Lohnerhöhungen ablehnen zu können oder die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Die Öffnung der Bücher darf sich natürlich nicht im "stillen Kämmerlein" zwischen Gewerkschaftsböden und Unternehmern abspielen. Die Bilanzanalyse und die Analyse der Buchführung muß durch gesetzliche Bestimmungen erleichtert werden. Auch vom Arbeitsplatz her muß diese Kontrolle erfolgen, etwa um gefälschte Lagerbestände zu überprüfen.

2. AUFHEBUNG DES BANKGEHEIMNISSES

Die Steuerhinterziehung ist ein beliebtes Mittel der Kapitalisten, sich zusätzlich zu bereichern. Während aus den Lohn- und Gehaltssummen der Großteil der direkten und indirekten Steuern aufgebracht werden, sind die effektiven Einnahmen trotz administrativer Kontrolle leicht zu verschleiern. Die Aufhebung des Bankgeheimnisses und die Einführung der Arbeiterkontrolle über alle Finanzoperationen, ist eine wirksame Waffe gegen diese Ungerechtigkeit und würde sie schnell beenden.

3. VETORECHT BEI ENTLASSUNGEN UND SCHLIESSUNGEN

Für industrielle Umstellungen dürfen die Arbeiter keinerlei Belastungen auf sich nehmen! Zur Garantie der Vollbeschäftigung

wiener tagebuch

EINE LINKE MONATSSCHRIFT

Oktober 1971

*Brief aus Belfast
Der Krieg geht weiter*

*Ernst Berger
Die kranke Medizin*

*Jean Genêt
Bruder Jackson*

*Renato Sandri
Welche Zukunft haben die
"Gorillas" Boliviens?*

*Hubert Friesenbichler
"profil": Kronenzeitung
für Doktoren*

Bestellungen an
"Wiener Tagebuch",
1040 Wien,
Belvederegasse 10

Einzelheft: S 10.-
Jahresabonnement: 100.-
Studentenabonnement: S 60.-

ist ein Vetorecht bei Entlassungen und Schließungen notwendig.

Diese Forderung beinhaltet auch die zwangsweise Wiedereröffnung der von den Unternehmern geschlossenen Fabriken und deren Weiterführung durch die Arbeiter selbst.

4. KONTROLLE DER ARBEITSORGANISATION

Neben den Konflikten, die sich aus der hierarchischen Struktur des Betriebes ergeben, werden die Arbeiter noch mit den Schwierigkeiten der Umstellung der Arbeitsorganisation konfrontiert. Speziell erworbene Kenntnisse und Befähigungen werden durch die technische Entwicklung überholt. Die Arbeiterkontrolle muß daher die gesamte Arbeitsorganisation umfassen. Neben sofortiger Information über geplante Umstellungen, muß auch ein suspendierendes Vetorecht gegen diese Maßnahmen erkämpft werden.

5. KONTROLLE DER INVESTITIONEN

Die wachsende Vergesellschaftung der Produktionskosten, bei gleichbleibendem privatem Charakter des Gewinns und Eigentums, ist ein Wesensmerkmal des Neokapitalismus. Ein großer Teil der langfristigen Investitionen wird vom Staat finanziert. Über diese Summe muß die Arbeiterklasse ein Kontrollrecht erhalten. Dies soll mit der Ausarbeitung eines Entwicklungsplanes der Gesamtwirtschaft koordiniert werden, der sich nach den Bedürfnissen der Arbeiter richtet.

Die Kampagne für Arbeiterkontrolle kann die Arbeiter so von ihren tagtäglichen Problemen zum Mißtrauen gegen das kapitalistische System führen, ihr Vertrauen in die eigene Kraft vermehren und ihren Entschluß fördern, zur sozialistischen Revolution vorwärtszustreben.

**LÜTGEN-
DORF
IST
KEIN
ZUFALL**

DIESE "ASPEKTE"-SONDER-
NUMMER LIEGT AB SOFORT
IN DER BELVEDEREGASSE 10
AUF.

PREIS: S 5,—



Mit Lenin für die Kampagne

VON JOHN BUNZL

Im Folgenden wird versucht, mit Bezugnahme auf Aussagen Lenins (aus seiner Arbeit: Der "Linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus) zur Diskussion innerhalb der Linken um die "offensiv links"-Kandidatur zu den kommenden Wahlen beizutragen. Es versteht sich von selbst, daß Lenin in einem anderen historischen Kontext schrieb - für uns sind aber seine prinzipielle Position, seine Art Fragen zu stellen und manche seiner konkreten Äußerungen unmittelbar aktuell.

Manche Genossen machen den Fehler, eine Kandidatur zu Parlamentswahlen mit einer Anerkennung des Parlamentarismus gleichzusetzen (was sie im übrigen nicht daran hindert, eine Empfehlung etwa für die gegenwärtige KP abzugeben). Worauf es für revolutionäre Marxisten bei einer Kandidatur ankommt ist natürlich nicht die Erlangung möglichst vieler Parlamentssitze, sondern die maximale Ausnutzung einer relativ politisierten Periode zur Propagierung proletarischer Forderungen. Dabei gilt nicht die Ausrede, daß die Arbeiter entweder "für solche Fragen noch nicht reif" seien oder

daß ihre parlamentarischen Illusionen bestärkt würden etc. Für Lenin war klar:

"...daß die Beteiligung an Parlamentswahlen und am Kampf auf der Parlamentstribüne für die Partei des Proletariats u n b e d i n g t e P f l i c h t ist, gerade um die rückständigen Schichten i h r e r K l a s s e zu erziehen, gerade um die unentwickelte, geduckte, unwissende Masse... aufzurütteln und aufzuklären."

Erst im Zuge einer Kampagne, die etwa die Frage der Arbeiterkontrolle in den Vordergrund stellt, kann überhaupt der relative Stellenwert des Parlaments für den proletarischen Klassenkampf ins Bewußtsein gehoben werden, eine solche Kampagne kann es der proletarischen Avantgarde im Gegenteil erleichtern:

"... den rückständigen Massen zu b e w e i s e n weshalb solche Parlamente es verdienen, auseinandergejagt zu werden."

Jene Gruppen, die sich weigern eine eigene, selbständige revolutionäre Aktivität zu entfalten und ihre Kräfte entweder der verbürgerlichten Sozialdemokratie oder der "konsolidierten" Agentur der Kreml-Bürokratie zugute kommen lassen, drücken damit eigentlich nur ihre alten antiparlamentarischen Vorurteile aus - die sie daran hindern, die Wahlauseinandersetzungen als Arena der Agitation und Propaganda, als Interventionssektor zu betrachten:

"Es ist sehr leicht, seinen 'Revolutionismus' nur durch Schimpfen auf den parlamentarischen Opportunismus, nur durch Ablehnung der Beteiligung an den Parlamenten zu bekunden, aber gerade weil dies nur allzu leicht ist, ist es keine Lösung der schwierigen, überaus schwierigen Aufgabe... Die Holländer und die 'Linken' überhaupt urteilen wie Doktrinäre der Revolution, die an einer wirklichen Revolution niemals teilgenommen oder sich in die Geschichte der Revolutionen nicht vertieft haben oder naiv die subjektive 'Ablehnung' einer bestimmten reaktionären Institution für deren tatsächliche Zerstörung durch die vereinten Kräfte einer ganzen Reihe von objektiven Faktoren halten."

Auch wenn die revolutionäre Linke außerhalb SP und KP nicht in allen Fragen mit der FÖJ, von der die Initiative zur Kandidatur ausgeht, übereinstimmt, heißt das doch nicht, daß nicht in vielen Fragen und Programmpunkten Einigkeit, gemeinsame Aktionen erreicht werden könnten. Lenin spricht von der:

"...unbedingten Notwendigkeit, zu laviieren, Übereinkommen und Kompromisse mit verschiedenen proletarischen Gruppen, mit verschiedenen Parteien der Arbeiter und der Kleinbesitzer zu schließen. Es kommt nur darauf an, daß man es v e r s t e h t, diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur H e b u n g und nicht zur Senkung des a l l g e m e i n e n Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt."

Wir glauben, daß diese Worte Lenins auch heute die Fragen der Einheitsfront-Politik prinzipiell adäquat formulieren und den richtigen Weg zwischen Sektierertum und Opportunismus weisen.

ENTGEGEN ANDERSLAUTENDEN MITTEILUNGEN,
WIRD DIE KANDIDATUR VON "OFFENSIV LINKS"
WEDER VON DER SPÖ NOCH VON IRGEND EINEM
GEHEIMDIENST FINANZIERT. DIE NICHT UNBE-
TRÄCHTLICHEN KOSTEN (CIRKA 50.000,-)
MÜSSEN VON UNS SELBST AUFGEBRACHT WERDEN.

WIR WENDEN UNS DAHER AN ALLE, DIE UNSERE
KANDIDATUR UNTERSTÜTZEN, UNS AUCH FINAN-
ZIELL ZU HELFEN.

GLEICHZEITIG MÖCHTEN WIR DIE GELEGENHEIT
WAHRNEHMEN ALLEN ZU DANKEN, DIE UNS BIS-
HER FINANZIELL UNTERSTÜTZT HABEN.



Bernadette Devlin, kämpferische Abgeordnete aus Nordirland zum britischen Parlament, die vor einiger Zeit wegen ihrer Teilnahme an der "Schlacht von Bogside 1969" (Katholisches Ghetto von Londonderry) ihre 6 Monate im Gefängnis abgesehen hat, war auf einer Vortragstour in den USA. In vielen Reden versuchte sie, die Amerikaner über den Kampf in ihrer Heimat aufzuklären – besonders aber die gleichgeschalteten Versuche, die irische Krise als einen "religiösen" Konflikt darzustellen, zu zerpfücken. Im folgenden sind einige Auszüge einer Rede, die sie an der Staatlichen Universität Oregon, Corvallis, Oregon, gehalten hat.

Ich weiß nicht, wer Ihr seid, Ihr wißt vielleicht, wer ich bin, aber Ihr wißt nicht genau, was sich in dem Teil der Welt abspielt, aus dem ich komme. In den USA und überall auf der Welt

außerhalb Nordirlands gibt es eine Schule geistiger Vorstellungen: daß wir in unserem kleinen, eingekreisten Land religiöse Vorurteile haben. Das scheint die meisten Leute abzuschrecken. Aber

wir haben in Wirklichkeit keine religiösen Vorurteile. Ihr habt darüber in Amerika viel zu überspitzte Auffassungen und beurteilt nach diesen unser Land, das technisch weniger entwickelt, weniger kompliziert, weniger reich und mehr unwissend ist. Ihr sagt "die streiten heute noch über religiöse Fragen".

Wir bereiten der internationalen Presse Schwierigkeiten. Sie ist in einem Dilemma: Was soll man tun? Was soll man mit diesem religiösen Problem anfangen, das sich weigert, sich von selbst zu lösen? Was soll dieses Volk im 20. Jahrhundert tun, das darauf beharrt, mittelalterliche Auseinandersetzungen über Theologie zu führen, zu einer Zeit, da auf der ganzen Welt die Religion ein verlorenes Spiel spielt. Und sie verstehen nicht, was los ist...

Laßt mich daher versuchen zu erklären, was in unserem Land vor sich geht und warum ich der Auffassung bin, daß es das gleiche ist, was sich bei euch abspielt und ob Ihr es nun zugeben wollt oder nicht - es ist sehr leicht, zu erkennen, was auf der anderen Seite des Atlantik geschieht, weil es Euch nicht weh tut, die Wahrheit zu sehen, wenn sie so weit entfernt ist.

"Wohlstands-Amerika"

Nur für den Fall, daß einige von Euch falsche Auffassungen haben: Weiße Liberale in Amerika haben mir gesagt, es gäbe keine Weiße Arbeiterklasse. Sie leben alle im Wohlstand, sie wären alle in der Gewerkschaft und bekämen alle zu viel Geld.

Mir würde es scheinen, daß es drüben in Seattle (Wash) eine Menge Angehöriger der Arbeiterklasse gibt, die plötzlich entdeckt haben, daß sie gar nicht so wohlhabend sind. Sie gehören zu den 15 % Arbeitslosen. Wenn Ihr aber Eure nationalen Minderheiten betrachtet: Ihr habt die Schwarzen, Ihr habt die Roten (ich meine in diesem Zusammenhang nicht die Kommunisten), ich meine das

Volk, dem Amerika gehörte, ehe Ihr in Massen daherkamt, Ihr habt die Gelben und die Braunen und irgendwie nennt Ihr sie die nationalen Minderheiten, weil Ihr Euch davor fürchtet, eine einfache Tatsache zur Kenntnis zu nehmen: Wenn Ihr sie alle zusammenzählt kommt Ihr auf das alte amerikanische Konzept der demokratischen Majorität. Es gibt deren mehr als Ihr es seid - mehr Schwarze und Braune und Rote und Weiße, die einfache Menschen sind, die unter den Problemen Amerikas leiden, mehr als jene Großen Weißen Liberalen, die da versuchen, diese Probleme zu lösen.

Nun, abgesehen von den Statistiken, die besagen, daß in den 6 Provinzen (Grafschaften) von Nordirland eineinhalb Millionen Menschen leben, haben wir eine Statistik, die für das alltägliche Leben der einfachen Menschen mehr relevant ist. Denn, Ihr müßt verstehen, wir sind wirklich nicht zweidimensional. Wir leben nicht in den Zeitungen, wir wurden nicht 1969 erfunden. Wir sind nicht einfach ein Bericht von Unfällen, in Ziffern ausgedrückt von: 2 Soldaten, 3 Katholiken, 4 Protestanten - in den Schlagzeilen unserer nationalen Blätter.

Wir sind Menschen, die in Häusern leben, die Familien gründen, die zur Arbeit gehen - wenn sie welche finden können; und wir denken, um das tun zu können bedarf es einer gewissen Portion von Macht, einer bestimmten Anerkennung unserer Menschenwürde und unseres Rechtes, in anständigen Häusern zu wohnen und ein anständiges Tageswerk zu leisten, das uns instand setzt, unsere Kinder zu ernähren. Mir erscheint das so vernünftig zu sein, daß es jeder verstehen kann. In dieser Phase denken wir nicht daran, jemand mit Gedanken an eine Revolution zu schrecken. Wir sprechen bloß über einfache Menschen, die in einfachen Häusern wohnen und einfache Dinge fordern. In Nordirland haben wir sie nicht. Und in Amerika habt Ihr sie auch nicht.

Arbeitslosigkeit

10 % unserer männlichen Bevölkerung in ganz Nordirland sind arbeitslos. Wenn man sich vom industrialisierten Osten entfernt, wächst diese Ziffer. Im Zentrum von Nordirland haben wir 28 % Arbeitslose. Wenn man aber nach dem Westen geht, in die mehr ländlichen Gemeinden, haben wir 40 % männliche Arbeitslose. Und in den Gebieten der City von Derry, wie den katholischen Ghettos, haben wir 50 und mehr Prozent Arbeitslose.

Klar sind diese Dinge nicht interessant genug, sie lesen sich nicht schön in den Zeitungen. Es ist viel besser, dem amerikanischen Volk zu sagen, daß wir eben über religiöse Fragen streiten. In den Ghettos, in denen es 50% Arbeitslose gibt, müssen eben Katholiken und Protestanten gegeneinander kämpfen.

Es geht hier nicht darum, die Unfehlbarkeit des Papstes oder die unbefleckte Empfängnis zu verteidigen. Sie scheren sich wenig um das, was der Bischof predigt. Worum sie kämpfen, sind nicht ihre religiösen Differenzen, sondern die Tatsache, daß sie beide Wohnungen brauchen. Beide Teile der Bevölkerung brauchen Arbeit, beide Teile der Bevölkerung brauchen mehr Einkommen und kein Teil der Bevölkerung erreicht es. Diese Lage scheint der Lage in Amerika zu entsprechen, sie scheint auch der europäischen Lage zu gleichen.

Dann kommt Ihr zur nächsten Stufe in diesem Teufelskreis! Weil wir eine hohe Arbeitslosenziffer haben und daher niedrige Löhne und keine Sicherheit, können die, die an der Macht sind, die Arbeiterklasse gegeneinander zum Kampf hetzen. Wieder ist es die gleiche Situation, die Ihr hier habt.

Ihr habt die Diskriminierung zwischen Chicanos und Puertorikanern. Ihr habt eine Art Stufenleiter der Wertung, daß der, der mit dem letzten Bananenboot ankam, seinen Platz auf der untersten Stufe der Leiter erhält und er

oder sie erhält das, was von allem übrigbleibt. Ihr habt die Diskriminierung. Das gleiche haben wir, Ihr seht, es ist kein irisches Problem. Denn wiederum - ob es Euch gefällt oder nicht, wenn Ihr glaubt, es gäbe in Amerika keine Arbeiterklasse, dann ist das ein Mythos! Zur Arbeiterklasse zu gehören, heißt, zur Klasse der Menschen zu gehören, die den Reichtum der Welt produziert. Und keiner von uns produziert ihn allein...

Wer kontrolliert den Reichtum

Die 5% derjenigen, die den Reichtum der Welt besitzen und kontrollieren, haben was besseres zu tun als herzukommen und mit zuzuhören - sie haben das alles schon längst vorher gehört. Meine Art Mensch geht schon lange um und glaubt, daß die Arbeiterklasse dieses, ihr Recht sichern wird: die Produktionsmittel in Besitz zu nehmen.

Wir haben in Großbritannien eine Regierungsstatistik. Ich bin ganz sicher, daß die amerikanische Regierungsstatistik, falls Ihr einen Blick dort hineintut, nicht anders aussieht. 5% unserer Bevölkerung in Großbritannien besitzen und kontrollieren 85 % des privaten Reichtums, der aus den Taschen der Steuerzahler kommt und aus unserer Arbeit. Aber, wenn diese 5% 85% des Reichtums besitzen, so bedeutet dies, daß wir 95%, die die Arbeiter der Welt darstellen, von den restlichen 15% leben müssen. Und dies erscheint mir weder demokratisch noch fair. Das ist wirkliche Diskriminierung.

Wir leben schon seit einigen Hundert Jahren unter dem kapitalistischen System. Und uns, der Arbeiterklasse, hat man gesagt, daß dies das System ist, unter dem wir zu leben haben. Aber wir wissen, was uns der Kapitalismus gebracht hat. Wir sind das Kanonenfutter in seinen Kriegen, in seinem Profitstreben, in seinen Kämpfen gegen sich selbst. Wir sind das Räderwerk, das die

Menschheit in Betrieb hält, um Geld zu machen, um Macht zu bekommen. Das gefällt uns aber nicht. Ich denke, es ist sehr vernünftig, daß uns dies nicht gefällt, denn wir sind Menschen und keine Zahnräder.

Niemals Sklaven!

Nicht ein einziger von uns wurde geboren, um jemandes Sklave zu sein. Und wir sind nicht bereit, hinzunehmen, daß wir Sklaven sind von denjenigen, die unser Leben beherrschen. Und wir wissen, daß wir so lange unser eigenes Leben nicht beherrschen werden, solange wir nicht den Reichtum und die Macht der Welt beherrschen werden. Wir sagen unserem Volk, daß wir Macht haben und daß wir eine so große Majorität sind - wir sind eine Macht!

Und so hatten wir im August 1969 einen Angriff der Polizei auf die katholische Gemeinde, das katholische Ghetto der Arbeiterklasse. Die Leute verteidigten sich. Die britischen Soldaten "wurden herbeigeholt, um die Bevölkerung zu verteidigen". Ich habe nie vorher gehört, daß man eine Armee geholt hat, um Frieden zu schaffen; das ist unmöglich.

Wir alle wissen, wozu die Armee dient. Das ist der Grund, weshalb die meisten Jungen nicht zum Militär wollen. Wir wollen nicht zum Töten geschult werden. Wir glau-

ben nicht, daß das Töten eine gute Idee ist. Aber Ihr wißt ja, wir sind die gewalttätigen Revolutionäre, das Blut wird nur so in den Straßen fließen...

Ich glaube nicht, daß wir etwas Besonderes tun. Wir organisieren, wir klären auf, wir kämpfen. Und jedesmal, wenn wir glauben, wir sind irgendwie einem Sieg nahe gekommen, geht uns irgendjemandes Stiefelknecht erneut an die Kehle. Es ist die Polizei, dann das Ulsterregiment, oder die Nationalgarde, dann die britische Armee oder die amerikanische Armee - so war es immer in unserer bisherigen Geschichte - jedesmal, wenn wir um unser Recht gekämpft haben, zu überleben -.

Wenn Ihr einmal Euren Weg antretet, wie ich ihn angetreten habe, die kleine liberale Studentin, die ein Mitglied der Bürgerrechtsbewegung wurde und Ihr Eurem Verstand die Aufgabe stellt, die Probleme zu lösen, dann müßt Ihr Euch mit den Tatsachen und den Problemen der Arbeiterklasse beschäftigen. Solltet Ihr das noch nicht bemerkt haben: die Reichen verhungern nicht! Ich habe noch nie gehört, daß das passierte. Die Armen sind es, die verhungern. Ihr werdet dem nie ein Ende machen, solange Ihr nicht dem herrschenden System ein Ende bereitet. Das System, das besteht, ist der Kapitalismus.

VERSICHERUNGEN JEDER ART + BERATUNG BEIM AUTOKAUF + KUNDENDIENSTE

ERICH MAKOMASKI
Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Neue Adresse:
1100 Wien, Auladagasse 7/29/14
zur Zeit kein Telefon

Büro:
Wien 1060, Mollardgasse 13-15
Telefon: 57 35 20, 57 35 28-29

Zu diskussion



VON
OLGA MAKOMASKI

Überall wird sehr viel von der Gleichberechtigung der Frauen gesprochen, aber in der Gesellschaft und in der Familie ist die Frau noch immer unmündig und abhängig, was man anhand der Gesetze, der herrschenden Moral und im Berufsleben nachweisen kann. Sie wird auf Grund ihrer angeblich typischen Verhaltensweisen und Eigenschaften als unvollständiger Mensch angesehen und erhält erst im Zusammenhang mit dem Mann Wert. Nichts kennzeichnet dies deutlicher als die Tatsache, daß sich ihr sozialer Status nach dem des Mannes richtet, mit dem sie verheiratet

ist, d.h. eine nichtverheiratete Frau hat keinen Status, keine Identität (man denke hier nur an die beliebte Grußformel: "Grüß' Gott, Frau Regierungsrat", oder "Küß' die Hand Frau Kommerzialrat")

Doch wenn man die Erziehung und Ausbildung der Kinder und Jugendlichen in Familie und Schule verfolgt, so wird man sehen, daß die Frau nicht als unterlegener und abhängiger Mensch geboren, sondern systematisch dazu gemacht wird.

Es gibt wesentliche Unterschiede in der Erziehung und Ausbildung von Mädchen und Burschen. Während

die Buben zur Aktivität angeregt werden und dementsprechendes Spielzeug erhalten, versucht man bei Mädchen Talente und Initiativen im Keim zu ersticken und auf typische Gebiete zu lenken, in dem man ihnen Spielzeug gibt, das zur Passivität erzieht. (Der Bub spielt Astronaut, Wissenschaftler, Doktor und Rennfahrer - das Mädchen kleine Hausfrau, "Puppen"-Mutter, Helferin des Doktors).

Die Meinung, daß die Frau besonders dazu geschaffen ist, dem Mann zu gefallen, kann in der Erziehung im allgemeinen so zusammengefaßt werden:

Alle Erziehung der Frau muß auf die Männer bezogen sein, damit sie ihnen gefalle, nützlich ist, sich bei ihnen beliebt und begehrt mache, sie in ihrer Jugend erziehe und als Erwachsene umsorge, ihnen rate und sie tröste, ihnen das Leben angenehm mache und versüße. Daher soll das Mädchen lernen, fügsam zu sein, sich schön zu machen, soll vorwiegend in Handarbeiten, Zeichnen und geselligen Künsten ausgebildet werden. Abstraktes Denken und vor allem das Studium der Naturwissenschaften ist dagegen nicht Sache der Frauen. Ihre Studien müssen sich alle auf das Praktische beziehen, es ist ihre Sache, die Prinzipien anzuwenden, die der Mann gefunden hat.

Erst vor kürzerer Zeit wurde bei Untersuchungen festgestellt, daß die meisten Geschlechtsunterschiede im Bereich der intellektuellen Leistung, der Interessen und Motivationen nicht anlagebedingt, sondern sozial bedingt sind.

Für die Frau ist in unserer Gesellschaft Berufsrolle und Familienrolle schwerer zu vereinigen als für den Mann, so daß das Mädchen schon bei der Planung seiner Bildung und Ausbildung vor einem Rollenkonflikt steht, der dem Jungen erspart bleibt. Daher muß das kulturelle Leitbild der Weiblichkeit so umgestaltet werden, daß es den Frauen erlaubt, ohne Konflikte mit ihrer sexuellen Erfüllung zu Reife, Identität

und Vollständigkeit des Ich zu gelangen. Nicht Berufsausbildung statt Mutterschaft, nicht Ausbildung für kurzfristige Berufstätigkeit vor der angestrebten Ehe, nicht eine Ausbildung um 'bessere Ehefrauen und Mütter' aus ihnen zu machen, sondern eine Ausbildung, die ihnen Erfüllung im Beruf ermöglicht. Das Mädchen, und vor allem seine Eltern, werden nur dann zu einer länger dauernden qualifizierten Schul- und Berufsausbildung bereit sein, wenn sie in der Berufstätigkeit nicht den viel zitierten "Wartesaal bis zur Ehe", sondern eine Lebensaufgabe sehen.

Aber zurück zur Gegenwart. Die Möglichkeiten der meisten Frauen sind zu wählen zwischen unverheiratet sein und diskriminiert, oder verheiratet sein - Mann und Kindern zu dienen und total abhängig sein, oder verheiratet sein und die Doppelbelastung von Beruf und Haushalt zu tragen. Unverheiratet sein mit Kind führt in unserer humanen Gesellschaft zu einer regelrechten Außenseiterposition. Die oberste moralische - übrigens auch juristische - Pflicht der Frau bleibt nach wie vor, den Mann und die (möglichst zahlreichen) Kinder zu versorgen. Daß sie das frohgemut und mit Hingabe tut und dabei ständig jugendlich und hübsch bleibt, ist "selbstverständlich". Politische und soziale Konflikte, Frauen und Probleme dieser Frauen, die dem propagierten Bild nicht entsprechen - z.B. alternde oder berufstätige Frauen in Rollenkonflikten -, sollen und dürfen nicht vorkommen.

Da also die einzige derzeitige legitime Existenzweise der Frau die Ehe ist, so ist ihre Sexualität von vornherein negiert, weil die Ehe, in ihrer gebräuchlichsten Form, sie zu einem Werkzeug der Gattung reduziert. Durch die Tabuisierung des Sexus, des Fleisches wurde eine positive Vermittlung des Eros unmöglich gemacht. Positive Sexualität war demnach immer an die Verneinung von Recht und Sitte geknüpft. Die Folge einer

gewaltsamen Unterdrückung von Sexualität ist die Bindung des irrationalen Triebes an Gewalttätigkeit, Verbrechen, Perversion und Anarchie. Das beweisen die Formen, in denen Sexualität in unserer Gesellschaft erlebt wird: Von der männlichen Seite her wird sie nur in den Kategorien des Kampfes, des Raubes, der Gewalt, des Zerstörens, des Siegens betrachtet; von der weiblichen Seite hingegen in denen der Unterwerfung, der bewußtlosen Hingabe, der Angst, des Opfers und des Schmerzes.

Die Vertreter der Aufklärung im 19. Jahrhundert haben erkannt, daß auch die Frau prinzipiell der Lust fähig sein könne oder sogar ein Recht auf Lust habe. Diese Erkenntnis konnte aber schon allein deswegen nicht umstürzend wirken, weil der aufklärerische Individualismus bereits durch das sich befreiende Bürgertum für seine ökonomischen Zwecke umfunktioniert worden war: Die sich entwickelnde kapitalistische Gesellschaft hatte die Sexualität potentiell bereits kommerzialisiert, als die Individualisten die Wirkung einer freigesetzten Sexualität in allen ihren gesellschaftlichen Konsequenzen noch gar nicht durchschaut hatten. Sexualität wurde zur Ware, zum Konsumobjekt, und kam unter die Herrschaft des Leistungsprinzips. So wurde die Lustfähigkeit der Frau, kaum entdeckt, sofort gegen sie selbst gewandt. Wenn sie früher gar nicht gewußt hat, daß sie lustfähig sei, und deshalb frigide und hysterisch war, so ist sie jetzt frigide und hysterisch, weil sie Angst hat, nicht genug Lust zu haben und vor allem zeigen zu können und dadurch den Mann zu beleidigen. Die Möglichkeit, sich über das Bewußtsein der Lust den eigenen Körper anzueignen, wurde erfolgreich dadurch verhindert, daß man der Frau die Selbstverfügung über den eigenen Körper sozial und rechtlich vorenthielt. Der Abtreibungsparagraph und die beschränkten Möglichkeiten der Geburtenkontrolle bestätigen der Frau bis heute

ihre Rolle als privates und öffentliches Objekt. Staat und Kirche haben ein Bündnis gegen die Frau geschlossen. Die Heuchelei der öffentlichen Moral in diesem Punkt schreit zum Himmel. Man schickt Millionen von Menschen aus edlen Zwecken in den Tod, aber dem Foetus gegenüber erweist man sich als unnachgiebig menschenfreundlich. Da es unmoralisch ist, zwischen zwei Leben zu wählen, opfert man lieber die Mutter. Man hält Aufklärung für etwas Unanständiges, verbietet die Verhütungsmittel, nennt Abtreibung einen Mord, und andererseits diffamiert man eine uneheliche Mutter und treibt deswegen junge Mädchen zum Selbstmord und zur Selbsthilfe, die eben auch oft tödlich verläuft.

Die Fesselung der Frau an die Familie ist notwendig, um die Aggressionen der ebenfalls unterdrückten und ausgebeuteten Männer, die den Unternehmern gefährlich werden könnten, abzulenken und abzuleiten. Der Mann kann sich immer noch in Ehe und Familie als Autorität und Entscheidungsmacht selbst bestätigen und somit seine gesellschaftliche Unterdrückung durch autoritäre Machtausübung im privaten Bereich kompensieren. Der Mann verschleiert seinen Ichverlust durch die Trennung von beruflicher und privater Sphäre, während die gesellschaftliche und private Entwicklung der Frau von vornherein durch ihre Erziehung verhindert wird. Sogar der opponierende Mann reflektiert die abgetrennte Privatsphäre nicht, weil er meint, er hätte es nicht nötig; aber er zieht sich, wenn sein öffentlicher Protest stockt und scheitert, auf seine private Innerlichkeit zurück, auf die heile Welt der Ehe, des ehelichen Verhältnisses und der Familie, um neue Kräfte zu sammeln und sein Scheitern zu verschleiern, weil seine eigene Unterdrückung durch die Unterdrückung von Frau und Kind erträglicher wird.

Frauen werden, wenn sie überhaupt eine Ausbildung erhalten, für "weibliche" Berufe erzogen und

ausgebildet; diese Berufe werden generell schlechter bezahlt als "Männerberufe", da sie doch nur dazuverdienen und ihr Verdienst nicht für mehrere Personen reichen muß bzw. soll. Die alleinstehenden Frauen, die Kinder zu unterhalten haben, sind unter allen Arbeiterinnen diejenigen, die den Unternehmern am meisten ausgeliefert sind. Gleichzeitig drücken die schlechten Bedingungen, die man ihnen aufzwingen kann, auch die Bedingungen für alle anderen Frauen. Die schlechtere Bezahlung der Frauen drückt in vielen Sparten auch die Löhne der Männer, und mit der Drohung Frauen einzustellen verhindert man oft den Kampf der Männer nach besseren Bedingungen. Deswegen sind in den "Männerberufen" die Männer auch meist dagegen, daß Frauen herangezogen werden. Der Einbruch der Frauen in einen Beruf führt zur Abwanderung der Männer und zu einem Abfall des Lohnniveau und zu einer Verschlechterung der allgemeinen Bedingungen. Aus ihrer Position heraus sind die meisten Frauen für Sicherheit und Ruhe, und wenden sich deshalb häufig gegen Streiks oder andere politische Aktionen ihrer Männer, die die Familie unmittelbar in Schwierigkeiten bringen könnte. Sie sind deswegen auch selten bereit für ihre eigenen Interessen einzutreten und wirken dadurch besonders systemstabilisierend.

Um die Mehrzahl der Frauen überhaupt in die Lage zu versetzen sich zu engagieren wären die Forderungen durchzusetzen:

Selbstbestimmung über den eigenen Körper durch kostenlose Geburtenkontrolle; von den Eltern kontrollierte und von der Gesellschaft bezahlte Kindertagesstätten; Übertragung der Hausarbeit auf öffentliche Einrichtungen bzw. Vollautomatisierung des Haushaltes; gleiche Ausbildungs- und Berufschancen und gleiche Bezahlung für Frauen.

Die Kontrolle über den eigenen Körper, die finanzielle Unabhängigkeit

von Mann und Familie, die Aufhebung der alleinigen Verantwortung für die Versorgung der Kinder und des Haushaltes, sind ausschlaggebend für freie Beziehungen der Menschen überhaupt. Die Erfüllung dieser Forderungen ist nicht das Ziel des antikapitalistischen Kampfes der Frauen, sondern seine Voraussetzung.

Die Änderung des kulturellen Leitbildes der Weiblichkeit und die Schaffung der Voraussetzungen zum Engagement der Frauen liegt auch im Interesse der Männer. Wenn die Revolutionierung der Frauen nicht erreicht wird, wird die Befreiung der Menschen und eine sozialistische Gesellschaft nicht möglich sein.

Quellenangabe:

"Die Gegenwartsproblematik der Mädchenbildung" - Elfriede Höhn

"Bericht über die Frauenbewegung in den USA" - Sigrid Kubale

"Die kulturelle Revolution der Frau" - Karin Schrader-Klebert

"Das andere Geschlecht" - Simone de Beauvoir.



Zu diesem Thema ist ein Arbeitskreis geplant. Interessentinnen und Interessenten werden aufgefordert, sich in der Belvederegasse 10 zu melden.

Bildungssituation:

Ungleichheit

Das Bestreben der herrschenden Klasse, Bildung nur ihren eigenen Angehörigen zugänglich zu machen, ist so alt wie die Klassengesellschaft selbst. Die Ursache dieser Bestrebung ist offensichtlich: Ein ungebildeter Sklave, Leibeigener oder Lohnarbeiter ist nicht immer imstande, seine Klasseninteressen zu erkennen und zu vertreten. Im übrigen bestand bis vor wenigen Jahrzehnten keine wirtschaftliche Notwendigkeit, eine größere Anzahl von Lohnempfängern durch Bildung zu qualifizieren.

Der erste dieser beiden Gründe hat heute noch volle Gültigkeit; die Herrschaftsmethoden sind teilweise subtiler geworden

VON HELMUT HIRSCH

(Manipulation durch gesteuerte Massenmedien), setzen aber nach wie vor weitgehende Kritikunfähigkeit der Manipulierten voraus.

Mit der zunehmenden Verwendung der Wissenschaften als Produktivkraft (Technisierung des Produktionsprozesses) können die Wirtschaftsbesitzer aber nicht mehr auf eine große Anzahl gutausgebildeter Facharbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler verzichten.

Nun ist natürlich Ausbildung nicht mit Bildung gleichzusetzen, wenn man unter Bildung die Heranbildung selbständigen Denkens und kritischen Bewußtseins versteht. Dennoch wird in jedem Ausbildungsgang nicht nur bloßes Faktenwissen, sondern mehr oder minder auch die Fähigkeit vermittelt, Probleme eines gewissen

Sachgebietes selbständig lösen zu können, somit das logische Denken gefördert. Außerdem ist der unmittelbare Leistungsdruck, dem der einzelne ausgesetzt ist, im Allgemeinen in einer Ausbildungsstätte geringer als im Produktionsprozeß - vor allem an den Universitäten, trotz der Technokratischen Hochschulreform! Das bedeutet mehr Zeit und Gelegenheit für Gespräche und Diskussionen - mehr Gelegenheit, sich zu organisieren.

Die zahlreichen, wenn auch nicht sehr geglückten Versuche, Schulen und Hochschulen zu reformieren, zeigen, daß sich auch in Österreich die herrschende Klasse bemüht, dem wachsenden Bedarf an Fachkräften Rechnung zu tragen. Allerdings ist es begreiflich, daß es für sie angenehmer und sicherer erscheint, wenn sich Mittelschüler und Studenten überwiegend aus bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kreisen rekrutieren (Beamte, Ärzte, Rechtsanwälte).

Natürlich gibt es in Österreich kein Gesetz und keine Vorschrift, die es Arbeiterkindern verbieten, höhere Schulen zu besuchen - aber die Tatsachen beweisen, daß dies gar nicht erforderlich ist. Nach dem Gesetz sind auch in bezug auf ihre Bildungschancen alle Staatsbürger gleich - aber schon Karl Marx hat festgestellt, daß in einer bürgerlichen Gesellschaft, wo zwischen den Individuen gravierende Ungleichheiten in der ökonomischen Stellung bestehen, der Anspruch "gleiches Recht für alle" nur als Hohn aufgefaßt werden kann. Einheitliche Gesetze und Vorschriften, auf ungleiche Individuen angewandt, verewigen

die Ungleichheit. Aufgabe eines wirklich gerechten Staates muß es sein, die ökonomisch Schwächeren durch besondere Maßnahmen zu unterstützen (solange es in einem gerechten Staatswesen überhaupt noch ökonomisch Schwächere und Stärkere gibt). Genau das ist aber in Österreich nicht der Fall, und das Resultat sind folgende Tatsachen:



	% der Bevölkerung	% der Mittelschüler	% der Studenten
Oberschicht	5	42	50
Arbeiter	50	15	12

Nur 1 % der Arbeiterkinder, aber 33 % der Beamten- und 74 % der Akademikersprößlinge besuchen eine Hochschule.

Die Ursachen liegen auf der Hand: Trotz der nunmehrigen Abschaffung der Studiengebühren (zumindest Inländer) stellt der Besuch einer Mittel- oder Hochschule eine große Belastung für die Familie des Schülers dar, zumal die Stipendien im Allgemeinen sehr knapp bemessen sind und zusätzliche Unterstützung durch die Eltern notwendig machen. Viele Arbeiterfamilien sind darauf angewiesen, daß

die Kinder ab dem 14. Lebensjahr "mitverdienen". Dazu kommt, daß Arbeiterkinder auf den Mittelschulen aus finanziellen Gründen die Chance oft nicht wahrnehmen können, eine Klasse zu wiederholen; daher beträgt ihr Anteil an den vorzeitigen Schulabgängern 30 %, während der Anteil der aus der Oberschicht stammenden Kinder an den Drop-outs nur 7 % beträgt, da die größere Finanzkraft Nachhilfestunden ermöglicht.

Besonders kraß ist auch die Benachteiligung der Arbeiterkinder bei den Mädchen: Die bürgerliche Ideologie, die in der Frau einen Menschen zweiter Klasse sieht, ist häufig auch dem Denken der Arbeiter aufgeprägt und führt zu der Ansicht, daß die Aussteuer die beste "Ausbildung" eines Mädchens sei. Das führt dazu, daß 36 % aller Mädchen vorzeitig aus der Mittelschule abgehen, darunter fast alle, die aus Arbeiterfamilien stammen. So kommt es, daß nur 2 (!) % der Studentinnen aus dieser Bevölkerungsschicht stammen.

Einer zusätzlichen Diskriminierung aufgrund fehlender staatlicher Unterstützungsmaßnahmen ist die Landbevölkerung ausgesetzt, da hier ein weiter Schulweg hohe Fahrtkosten oder Unterbringungskosten des Schülers bzw. Studenten am Schulort mit sich bringt. Daß diese Ungerechtigkeiten nicht nur in Österreich bestehen, zeigt besonders deutlich ein Beispiel aus der Bundesrepublik: 1 Million



Landarbeiter stellen im Mittel 80 Studenten, 7 Million Beamte dagegen 52.000 Studenten, also 650 mal soviel.

Die Angst der herrschenden Klasse vor einer kritischen Arbeiteropposition wird für Österreichs Wirtschaft in den kommenden Jahren schlimme Folgen haben: 1975 werden 10.000 Maturanten in Industrie und Handel fehlen; schon 1970 bestand ein Defizit von 10.000 Pflichtschullehrern und 2.000 Mittelschulprofessoren. Dabei wird die Begabungsreserve, die bei den Arbeitern besteht, auf über 50 % geschätzt, während sie in der Oberschicht ausgeschöpft ist. (Sogar mehr als ausgeschöpft, das zeigt sich daran, daß 40 bis 50 % der meist aus begüterten Kreisen stammenden farbentragenden Studenten ihr Studium nicht beenden und dann nur durch Vermittlung der "Alten Herren" eine einträgliche Position in Wirtschaft oder Verwaltung erhalten.)



In diesem Artikel wurde nur ein Aspekt der Bildungsproblematik behandelt; natürlich kommt es nicht nur darauf an, vielen Arbeiterkindern den Besuch von Mittel- und Hochschulen zu ermöglichen, sondern auch darauf, was sie an diesen Schulen lernen; mit anderen Worten, die Ausbildung an den höheren Schulen zielt im Kapitalismus darauf hin, brauchbare Fachidioten ohne Klassenbewußtsein und politisches Interesse zu "fabrizieren"; wenn derzeit ein Arbeiterkind eine Hochschule erreicht, so wird es meist unter dem Druck der Verhältnisse noch verschreckter und konformistischer als die anderen Studenten. Ein zahlenmäßiger Abbau des Bildungsprivilegs führt nicht automatisch zur Steigerung des kritischen Bewußtseins der Arbeiterklasse. Der Slogan "Mehr Arbeiterkinder an die höheren Schulen" - der unter der SP-Regierung zu "Mehr Kinder an die höheren Schulen" degeneriert ist, trifft also nur ein Teilziel; eine weitere Abhandlung dieser Frage würde aber den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Jedenfalls macht schon diese Teilforderung der herrschenden Klasse Schwierigkeiten, die sie offenbar nicht ohne weiteres überwinden kann; unsere Absicht ist es aber nicht, mit guten Rat- und Vorschlägen mitzuhelfen, am Kapitalismus herumzudoktern. Eine radikale und endgültige Lösung des Bildungsproblems setzt eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft voraus.

5

**offensiv
links**

5

NACHSTEHENDE INFORMATION ERHIELTEN WIR VOM ISRAELISCHEN REVOLUTIONÄREN AKTIONSKOMITEE IM AUSLAND.



Kriegsdienstverweigerer in Israel

Zum ersten Mal in der Geschichte des Staates Israel senden am 3. August 1971 vier israelische Jugendliche, die demnächst in die Armee des Landes eingezogen werden sollen, einen Brief an den

Verteidigungsminister General Dayan, in dem sie ihren Willen bekunden, nicht im israelischen Heer dienen zu wollen. Sie verweigern den Kriegsdienst. Sie schreiben u.a.:

" Wir sind als freie Menschen geboren, nicht um ein anderes Volk zu unterdrücken. Wir werden nicht in einer Eroberungsarmee dienen. (...) Wir sind nicht bereit, im Heer zu dienen, weil in diesem Staat junge Menschen aus innenpolitischen Gründen und nicht für höhere Werte in Schlachten ihr Leben lassen müssen."

Den vier israelischen Kriegsdienstverweigerern - Dov Gal, Reuven Lassman, Giora Neuman und Irit Yacobi - droht eine Gefängnisstrafe von 5 Jahren, die nach den israelischen Gesetzen auf Deserteure und "Dienstdrücker" anwendbar ist. Ein Recht, den Kriegsdienst zu verweigern, gibt es in Israel nicht. Diese jungen Menschen, die nicht bereit sind, ihren Beitrag zur expansionistischen und abenteuerlichen Politik des Staates zu leisten, werden entsprechend derselben Politik beurteilt, die sie ablehnen: sie werden zu Verbrechern gestempelt! (vgl. z.B. die Abendzeitung "Maariv" vom 5.8.1971)

Ein Zeichen für die Methode, die man bei den Kriegsdienstverweigerern anzuwenden gedenkt, kann man bereits am Presse-Echo ablesen: die israelischen Zeitungen bewahren über den "Vorfall" tiefes Schweigen. Die Bedeutung dieser Tatsache ist klar: man versucht dieses wichtige Ereignis herunterzuspielen eben weil der Mut und die Opferbereitschaft der Vier zu der Entstehung einer Kriegsdienstverweigerungs-Stimmung führen könnte. Israel braucht "Nationale Einheit" und daher auch "Verräter!" Offensichtlich soll bei diesen vier Wegweisern ein Exempel statuiert werden. Hierbei bieten sich die Alternativen, daß die Vier mit drakonischen Strafen 'belegt' werden oder die israelischen Behörden versuchen, den Fall totzuschweigen und die Vier als sogenannte "unzurechnungsfähige Elemente", die dem bekannten pathologischen 'jüdischen Selbsthaß' verfallen sind, retroaktiv vom Militärdienst zu 'befreien'. Beide Alternativen sind unzweideutig Zeichen dafür, daß das zionisti-

sche Establishment bereits vor dem Gedanken, daß sein Lügenberg der "über den Klassen stehenden" zionistischen Ideologie unterminiert werden könnte, zittert. Zum ersten Mal in der Geschichte des 'praktischen Zionismus' in Palästina/Israel stellen jüdische Bürger die sogenannten Sicherheitsbedürfnisse des Staates, die heilige Kuh des Zionismus, grundsätzlich in Frage. Diese jungen Israelis haben sich entschlossen, nicht mehr mitzuspielen...

"MATZPEN", die einzige politische Organisation Israels, die das Kriegsdienstverweigerungsrecht verteidigt, stellt in ihrer Tel Aviver Erklärung vom 7. August 1971 fest:

"Die Ausbeutung ist der Grund für den Kampf und die Streiks der Arbeiter; die Diskriminierung erzeugt die 'Black Panthers'; die Unterdrückung und die Vertreibung der Palästinenser erzeugt einerseits den Widerstand und andererseits die Kriegsdienstverweigerung. Die sozialistische Organisation Israels ("MATZPEN") bekämpft die Ausbeutung, die Diskriminierung und die Unterdrückung. Deshalb unterstützt sie die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Ausbeutung; bejaht den Krieg der Panthers gegen die Diskriminierung; erkennt das Recht eines unterdrückten Volkes an, für seine Befreiung zu kämpfen und verteidigt das Recht der jungen Israelis, im militärischen Unterdrückungsapparat nicht zu dienen".

Gegenüberstellung

Die Diskussion in der MLS über die Haltung bei den NR-Wahlen war durch zwei Positionen markiert. Der Standpunkt der Leitung, der auf dem Plenum am 2. September bestätigt wurde, entspricht dem Inhalt des Artikels in der "Volksstimme", "Erklärung der MLS zu den Nationalratswahlen" vom gleichen Tag. Die Erklärung lautet:

Mehr als ein Jahr SP-Regierung hat den Klassencharakter dieser Regierung klar hervortreten lassen. Sogar die unmittelbarsten Interessen der Arbeiter wurden mit Füßen getreten. Die letzten Monate haben gezeigt, daß die Bourgeoisie in der SP-Regierung das geeignetste Instrument gefunden hat, um sich auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu sanieren. Der ÖGB in der Hand der Benya u. Co. hat sich als Instrument zur Disziplinierung der Arbeiter bewährt und sich auch nicht gescheut, durch Drohungen, Druck, Vorenthaltungen von Streikgeldern Aktionen der Arbeiter abzuwürgen. Aber das Unbehagen in den Betrieben wächst mit dem Druck des Kapitals auf die Arbeiter und in dem Maß, in dem sie den Klassencharakter von SP- und ÖGB-Spitze durchschauen. Es ist daher kein Wunder, daß Kreisky und Benya die Neuwahlen so schnell wie möglich über die Bühne bringen wollen.

Die Kommunisten setzen beim Unmut und der Unruhe der Arbeiter ein und versuchen, die Bildung von Klassenbewußtsein voranzutreiben und den Arbeitern klarzumachen, daß sie nur durch das Weitergehen zum Widerstand, zu Kampfaktionen ihre Interessen wirksam wahrnehmen können. Der Sprung

vom bloßen Unmut zum Klassenbewußtsein liegt unter anderem in der Überwindung des Antikommunismus. Deshalb kann der Wahlkampf der KPÖ die Funktion haben, die schon relativ bewußten und fortgeschrittenen Arbeiter, aber darin, an den österreichischen Hochschulen, den Klassencharakter der einzelnen Parteien, insbesondere die Rolle der SP-Spitze im Dienst des Großkapitals aufzuzeigen, die sich hinter dem Wahlspektakel abspielenden gesellschaftlichen Entwicklungen aufzudecken und die Bedeutung eines Wahlerfolges der KPÖ für den Klassenkampf der Arbeiter innerhalb und außerhalb der Betriebe zu erklären. Die Agitation der MLS an den Hochschulen wird auf Grund einer Reihe von besonderen Umständen besonderen Charakter tragen. Vor allem ist zu berücksichtigen, daß die soziale Herkunft und ihre Klassenlage es Studenten besonders schwermacht, hinter dem parlamentarisch-politischen Treiben die Klassenwidersprüche zu sehen. Auf Grund des besonders reaktionären Bewußtseins der Masse der Studenten sind die Adressaten der Agitation der MLS von vornherein die bereits linken und halblinken Studenten. Ebenso wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen wird diese politische Agitation

dem Antikommunismus nur dann Schläge versetzen können, wenn sie ihm offensiv entgegentritt.

die dennoch ihre Fixierung an die Sozialdemokratie bisher nicht lösen konnten, an diesen Sprung heranzuführen. Der Bruch einer größeren Zahl von Arbeitern mit der SP würde beste Voraussetzungen für die Verschärfung der Klassenkämpfe schaffen.

Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn der Wahlkampf sich nicht an Gott und die Welt richtet und sich in allgemeinen Phrasen erschöpft, sondern die schon relativ bewußten Arbeiter als seine Adressaten erkennt, an den Interessen der Arbeiterklasse anknüpft und über die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, über die Klassengegensätze, über die Kämpfe der europäischen Arbeiterklasse und über die ersten, freilich noch unterentwickelten Kämpfe in Österreich aufklärt.

Unterstützung für die KPÖ

Die MLS wird bei den bevorstehenden Nationalratswahlen die KPÖ unterstützen. Eine ihrer Aufgaben ist es, im oben skizzierten Sinn am Wahlkampf der KPÖ teilzunehmen. Ihre zentrale Aufgabe in bezug auf die Wahlen besteht

Breiter ausgeführt finden sich die Argumente in der Roten Wandzeitung Nr. 2.

Der zweite Standpunkt ist der Diskussionsbeitrag des Genossen Hermann Dworzak "Zur Frage der Nationalratswahlen". Wir bringen daraus die wichtigsten Parteien.

Die entscheidende Tatsache, die es bei der Beurteilung der innenpolitischen Lage Österreichs zu registrieren gilt, ist die, daß die Sozialdemokratie (SD) selbst, durch die Regierungsübernahme, den Prozeß der Desillusionierung praktisch vorangetrieben hat. Schlagender als alle theoretischen Voraussetzungen hat sie durch ihre eigene Tätigkeit unter Beweis gestellt, welchen Weg sie ging, geht, und in Zukunft noch rascher zu gehen gedenkt: den der Stabilisierung und Rationalisierung des Kapitalismus. Der Spitze sich nähernd beginnen jedoch bekanntlich die Dinge in ihr Gegenteil umzuschlagen, soziale Verhältnisse so forciert werden transparent. Nicht von ungefähr verwies die MLS bei der Demonstration anläßlich der Lütgendorf-Äußerungen auf die wachsende Unzufrieden-

heit in den Betrieben, die es bei der Definition des "Rahmens" der Aktion zu berücksichtigen galt. Die Gelegenheit sollte benutzt werden Haß, Wut und Enttäuschung auf eine politische Ebene anzuheben, bei der Sozialisierung des "Sozialdemokratieverdachts" jedoch nicht stehen zu bleiben, sondern darüber hinaus organisatorische Formen zu entwickeln, die praktisch den Sozialdemokratismus und alle sonstigen reformistischen Geplänkel verunmöglichen. Die Nationalratswahl stellt eine weitere Möglichkeit dar durch korrektes Eingreifen der Entpolitisierung der Arbeiterklasse entgegenzuwirken und zu ihrer Rekonstruktion als revolutionäres Subjekt beizutragen.

Wenn man die Klassenkämpfe des letzten Jahrzehnts in Westeuropa nicht in melancholischer Erbaulichkeit über sich ergehen läßt, sondern daraus für die eigene Arbeit Konsequenzen zieht, dann gilt es vor allem, den neuen Qualitäten des subjektiven Faktors gerecht zu werden, die einen Ausbruch aus der Misere des (Post-) Stalinismus ermöglichten.

Seine Explosivität, die die revisionistischen Kommunistischen Parteien dermaßen verunsichert hat und die KPI heute so weit gehen läßt, die Kräfte, die die neuen Qualitäten repräsentieren als "Linksfaschismus" (sic!) zu diffamieren, besteht im wesentlichen aus drei Momenten:

Es wurde nicht mehr länger innerhalb der eingespielten Bahnen der enervierende Additions- und Substraktionsreigen mitgetanzt (ein bißchen mehr Lohn, was sofort durch die Inflation, ein bißchen weniger Arbeitszeit, was nicht weniger rasch durch die Steigerung des relativen Mehrwerts zunichte gemacht wurde). Die Probleme wurden im klassischen Sinne an der Wurzel gepackt, es vollzog sich ein inhaltlicher Terrainwechsel. Es wurde klar erkannt, daß es radikaler Forderungen bedarf, um den stets aufs neue zementierten Objektstatus der Arbeiterklasse zu zertrümmern, daß - um es klotzig zu formulieren - niemand hinter seinem Ofen des atomisierenden "Privatlebens" langfristig hervorzuholen ist, wenn ihm in der Sphäre der politischen Öffentlichkeit noch einmal der zu-rechtgestutzte Verhaltenskodex begegnet, der ihn schon einmal - illusionär - Ausreiß nehmen ließ. Die Entmündigung des Proletariats wird nur dadurch gestoppt, daß die politische Bewegung als sein Mund fungiert also seine spezifischen Klasseninteressen artikuliert.

Die radikalen Inhalte bedürfen radikaler Methoden der Propagierung und Durchsetzung. Das Proletariat kann sich in seiner Emanzipationskampf nicht ausschließlich der Formen des "normalen", sprich bürgerlich-demokratischen Verkehrslebens bedienen. Es hat eine eigene Palette des politischen Auftretens zu entwickeln, die quer zu den etablierten Funktionsprinzipien steht. Genau jener Part den die offiziellen "Sprachrohre" herauszufiltern haben, muß hier zu Wort kommen. Damit ist exakt das beschrieben, was als "neue Kompromißlosigkeit" bezeichnet wurde: die Weigerung die eigene Klassenbewegung nach dem Modell zu strukturieren das das Fundament der bürgerlichen Gesellschaft abgibt, nämlich unter dem Schein des universellen Äquivalentsprinzips, die reale Ungleichheit wirken zu lassen. Daher kann das Proletariat in der rechtsstaatlichen Wolkenregion der Staatsbürgergleichheit, etwa im Parlament, seine Forderungen maximal vortragen, die entscheidenden Kämpfe in ihm jedoch nicht austragen. Sein zentraler

Kampfplatz ist Straße und Betrieb, was nicht eine bloße Ortsveränderung darstellt, sondern einen völlig verschiedenen Typus von Politik ausmacht.

Damit ist auch schon - negativ - das Entscheidende gesagt, nämlich warum es nicht angeht, eine Wahlempfehlung für die KPÖ abzugeben. Die KPÖ steht in allen wesentlichen politischen Fragen auf dem Boden des Revisionismus, woran auch ihre - ausschließlich negative - Abgrenzung von der SD nichts ändert. Aber auch diese Abgrenzung entspricht nicht einer "Wandlung zum Besseren", nämlich der Rückbesinnung auf marxistisch-leninistische Prinzipien, sondern schlicht aus der Tatsache, daß mit der Regierungsübernahme durch die SD ein weiteres "Anschieben" nicht mehr drinnen war und man sonst restlos geschluckt worden wäre. Während der Debatte über unser Verhältnis zur KPÖ habe ich exemplarisch deren durch und durch revisionistischen Charakter aufgezeigt und zwar an Hand ihres Verhältnisses zur SU, ihrer Gewerkschaftspolitik und ihrer Stellung zu internationalen Fragen. Das kann hier nicht wiederholt werden. Dafür soll über das dort gesagte hinaus eine Konfrontation der KPÖ mit dem Momenten erfolgen die angeführt wurden.

Es ist wahrlich nicht übertrieben zu sagen, daß die KPÖ davon d.h. von den Erfahrungen der jüngsten Klassenkämpfen in Westeuropa nichts absorbiert hat. Das ist weiter nicht verwunderlich hat sie doch schon am Höhepunkt der Kämpfe im französischen Mai Jaques Duclos die Spalten der "Volksstimme" zur Verfügung gestellt, von wo aus er darüber orakeln konnte, daß es die Pflicht der KPF sei, die erste (sic!) Kampffront gegen die "Gauchisten" aufzubauen... Wunder ist es keines, aber festgehalten muß es dennoch werden, für Apologeten und sonstige "Vergeßliche". Gehen wir ins Detail:

Die Inhalte mit der die KPÖ in den Wahlkampf zieht sind ein ekklektischer kleinbürgerlicher Brei, der auch den Arbeitern als "ihre" Kost angeboten werden soll. Da gibt es Proteste gegen Politikerprivilegien, gegen die Teuerung, dagegen daß der Finanzminister dem "Volk" zu tief in die Taschen greift; Otto Podolsky versichert, daß "die Kommunisten im Parlament den Jugendfeindlichen (sic!) Päckeleien der anderen Parteien einen Riegel vorschieben (können)"; auch die Heimatverbundenen gehen nicht leer aus: für sie legt Vinzenz Böröcz "ein Bekenntnis zum Burgenland" ab. Von spezifisch proletarischen Forderungen, die noch dazu gestaffelt erfolgen, keine Spur. Die Wahlen werden nicht dazu verwendet, Bewußtsein zu schaffen und organisatorische Keime ins Leben zu rufen, die der proletarischen Initiative jenseits der eingeplanten Wahlrituale dienen. Wie es je der elende Transparentewald am 1. Mai deutlich genug verkündet hat, geht es einzig und allein darum "Kommunisten ins Parlament" zu bringen.

An eben dieser Hecht-Karpfenteich-Strategie ist auch der politische Methodenapparat ausgerichtet, der zur Anwendung kommen soll. Man wird also wieder Muhris berühmt/berühmte Naschmarkt-Agitation zu sehen bekommen und wer das Pech haben sollte nicht mit von der Partie zu sein, dem wird dafür die "Volksstimme" am nächsten Tag einen stimmungsvollen Bericht über die "eindrucksvolle Aktion, die großes Aufsehen erregte" ins Haus liefern. Wem dann noch immer nicht das Herz übergegangen ist, bei dem erfolgt es sicher bei der Großveranstaltung der Wiener Kommunisten in der Stadthalle am 15. September oder spätestens bei einem der beiden großangelegten Werbe-Wochenenden für die "Volksstimme".

Hier kumuliert würdevoll die Misere aus obigem. Was die KPÖ subjektiv repräsentiert ist mehr als ärmlich. Die einzige Diskussion, die sich bei der Einschätzung ihrer "führenden" Kräfte entzünden kann, ist die, welche Vorsilbe am ehesten als Differentia specifica fungieren kann und der Sammelkategorie Stalinisten vorangestellt gehört (zur Auswahl bieten sich an: Post-, Neo-, Krypto - ...). Diese Rückgratakrobaten haben noch jede Schwankung mitgemacht und werden auch in Zukunft dieser ehernen Linie treu bleiben. Mit ihnen vor der Arbeiterklasse aufzutauchen und sie als "Alternative" anzubieten kann nur im Fiasko enden. Was soll man auch mit Leuten machen, denen zum Mord an polnischen Arbeitern im Dezember/Jänner 71 nichts "eingefallen" ist, mit Supernormalisierern, die den tschechischen Kollaboranten Husak, Strougal und Co. versprochen haben, sie vor Kritik in Schutz zu nehmen.

Die KPÖ verfügt über nichts, was über ihre Schwäche hinausweist, weder intellektuelles Potential, noch politische Moral, die den gegebenen Aktionsradius transzendieren, in Bereiche "ausstrahlen", die derzeit noch nicht erfaßt werden können und - wie es bei allen revolutionären Parteien, Gruppen, und Personen der Fall war - selbst noch den Gegnern Achtung abverlangen. Nur wer partout die ja nicht gerade seltene Äußerungen des durchgehenden Revisionismus der KPÖ nicht zur Kenntnis nehmen und willkürlich die mit ihr gemachten - negativen - Erfahrungen nicht verdrängen will (Spaniendemonstration politische Konferenz, 1. Mai, theoretische Konferenz über Gewerkschaftsfragen, Kommissionstätigkeit, Aussprache mit dem Pol-Büro, usw.) wird sich der Spießerdenkfigur von "kleineren Übel" verschreiben und in der KPÖ "immer noch (sic!) das Beste" sehen.

Mit dieser Einschätzung der KPÖ soll keineswegs "offensiv links" quasi per negativem Deduktionsstrip-tease als die Inkarnation der oben angeführten Kriterien unterschoben werden. Die zahlreichen Unzulänglichkeiten der FÖJ und, sagen wir es offen heraus, die revisionistische Haltung in entscheidenden Fragen sollen nicht vertuscht werden. Was da mitunter über die SD vom Stapel gelassen wird, na danke schön! Überhaupt scheint die Theorie in der FÖJ eine ausgemachte Archiellesferse zu sein, sozusagen nur ein Schattendasein zwischen Hand und Mund zu führen. Nehmen wir ein Beispiel aus dem - ungenügenden - Entwurf für ein Grundsatzprogramm:

im Punkt 10/1 wird kategorisch festgestellt, daß "in vielen Ländern des Spätkapitalismus die prinzipielle Möglichkeit (besteht), das System ohne die extremen Formen einer gewaltsamen Revolution, ohne Bürgerkrieg zu stürzen." Woher man über diese Sicherheit verfügt, darüber läßt man den Leser im Dunkel. Als einzige Argumentationsstütze fungiert die bekannte Tatsache, daß "diese Einschätzung... auch von vielen Kommunistischen Parteien vertreten wird." (10/2)

Aber schon im nächsten Punkt scheint die felsenfeste Überzeugung dahingeschmolzen zu sein und bescheiden verweist man darauf, daß, "allerdings (sic) solche Theorien entscheidend durch die objektiven Kräfteverhältnisse, durch die materielle Lage der arbeitenden Massen und damit auch durch deren Bewußtseinsstand motiviert (sind)." Die Theorie als Ausdruck der Massenstimmung, fürwahr eine glänzende "Bereicherung" des Marxismus! - Spaß beiseite! Gerade die Erfahrungen aus dem letzten Jahrzehnt der Klassenkäm-

pfe in Westeuropa zeigen, daß der sogenannte "friedliche Weg zum Sozialismus" nichts anderes ist, als die - bewaffnete - sozialistische Revolution in den Rauchfang zu schreiben. Oder glauben etwa die "Theoretiker" der FÖJ, daß die diversen Charaktermasken der EWG und der NATO einer weiteren Eskalation der Kämpfe in Frankreich regungslos zugesehen hätten?

Die Eindrücke vom französischen Mai bzw. vom italienischen Herbst scheinen jedoch auch für die Autoren gravierend genug gewesen zu sein, um noch einmal die "prinzipielle Möglichkeit" zu überprüfen. Noch im Punkt 10/3 läßt man verlauten, daß "(es) die Aufgabe von Revolutionären ist, die reale Situation (sic!) einer aufrichtigen und eingehenden Analyse zu unterziehen..."

Klar, daß solche Einschätzungen die politische Praxis prägen. So sah sich die FÖJ genötigt, bei der letzten Demonstration rasch die Spitze des Zuges einzunehmen, um das große MLS-Transparent "SPÖ-Regierung rüstet gegen die Arbeiterklasse" aus der ersten Reihe zu verdrängen. Diese "Mängel", Resultat der revisionistischen Position in einigen Grundfragen, sollen nicht vertuscht oder auch nur mit einem schnellen "aber" ... durch die Ausmalung der sonstigen linken Haltungen als nebensächlich hingestellt werden. Im Gegenteil, sie verdienen die schärfste Kritik, keinerlei Vorbehalte - welcher Natur auch immer - dürfen die realen Widersprüche in der Argumentation und den Handlungen der FÖJ übertünchen. Die Kritik muß hart, dabei jedoch fair sein. Es müssen vor allem politische Probleme behandelt und nicht Lokalfragen zum Anlaß genommen werden, wo dann jede Organisation ihre Mitglieder in irrationaler Manier vergattert.

Heißt das, daß wir unsere Haltung zur FÖJ ändern sollen? Ja und nein zugleich. Ja, wenn es darum geht den Stil der Auseinandersetzung zu wechseln. Was sich nämlich bis jetzt abgespielt hat, war einfach beschämend. Anstatt sich in einer politischen Debatte zu begegnen, wo unterschiedliche strategische und taktische Konzepte vorgetragen und ausdiskutiert werden, ließen wir demagogische Briefe zirkulieren, um künstlich das Verhältnis anzuheizen. So konnte dann "bewiesen" werden, daß uns die FÖJ auf die Straße zu setzen gedenkt. Mit solchen Praktiken ist ehestens Schluß zu machen und dort anzusetzen, wo unsere wahre Stärke liegt und wo wir keine Konfrontation zu fürchten haben: auf dem Gebiet der politischen und ideologischen Klärung, daß heißt der Durchsetzung marxistisch-leninistischer Prinzipien, wo auch keinerlei Haltungsänderung notwendig sein wird.

Es wäre größter politischer Leichtsinn, die SD bei den Nationalratswahlen ungeschoren davonkommen zu lassen. Wir würden selbst zum Motor des Pessimismus und der Resignation in der Arbeiterklasse werden, wenn wir die jetzige Situation ungenützt ließen, wo die Hoffnungen, Erwartungen und Wünsche, die in die SD gesetzt wurden, sozusagen noch "warm" sind. Eine Bloßstellung des Charakters der SD bzw. das Bestreben, es nicht bei einer privaten Meinung zu belassen, sondern selbst Hand anzulegen, bei der Vertretung proletarischer Interessen, dies zu initiieren wird nur jenen Kräften gelingen, an deren Aktivität und persönlichem Auftreten abgelesen werden kann, daß es ihnen mit der Befreiung der Arbeiterklasse ernst ist und diese nicht bloß wieder ein Zugpferd abgeben soll - für den Karren beladen mit der ganzen "alten Scheiße". Die FÖJ, die aus der KPÖ exkatapultiert wurde, weil sie sich

weigert, über der Okkupation der CSSR samt anschließender Normalisierung das Sanctus auszusprechen, ist eine solche Kraft. Ihr Entschluß bei der Nationalratswahl zu kandidieren, oder besser die Kandidatur zum politischen Auftritt zu verwenden, ist als positiv einzuschätzen und verdient die Unterstützung durch die MLS. Diese Unterstützung muß jedoch im Sinne des oben angeführten "korrekten Eingreifen" erfolgen. Wie es für Revolutionäre nicht denkbar ist, den parlamentarischen Rummel bruchlos mitzumachen, da man sonst den reformistischen Schimären aufsitzt, ebenso ist es völlig ausgeschlossen, eine Unterstützung bei Wahlen als Akt der bloßen Akklamation aufzufassen. Für sich herauskristalisierende revolutionäre Tendenzen ist es weder notwendig noch tunlich, sich bereits als nurmehr abzuholendes Paket gefüllt mit allen Steinen der Weisen zu präsentieren. Genau in diesem Sinne müssen die einzelnen politischen Aktionen des "Wahlkampfes" angelegt sein. Das Leitmotiv, das die "Zielgruppen" Arbeiterklasse und zu revolutionierende Intelligenz nicht in der Passivität verharren, sondern daß sie aktiv an der Kampagne teilnehmen, muß auch auf die "Zielenden" selber angewandt werden. Die wechselseitige Kritik von FÖJ und MLS soll sich also öffentlich abspielen, die Strategiefindung praktischen Charakter haben - eine Unterstützung "neuen Typs" meinetwegen.

Die FÖJ, deren eingehende Beurteilung ein andermal zu erfolgen hat, ist nicht zu begreifen, ohne die Widersprüchlichkeit der Phase der sogenannten Entstalinisierung mitzureflektieren. Wer da mit dem marxistisch-leninistischen Maßband herumläuft und bei revisionistischen Erscheinungen nur die Abweichungen von der Norm zu registrieren versteht, wird über abstrakte Klassifikationen nicht hinauskommen. Erst wenn die Phänomene in ihrem Zusammenhang gesehen werden, d.h. wenn man sich der in ihnen wirksamen historischen Tendenz versichert, wird ein Verlassen der positivistischen Perlschnurmethotologie möglich sein; die Tätigkeit der FÖJ stellt den Versuch dar, den Problemen revolutionär gerecht zu werden, die die KPÖ entweder überhaupt ausklammert oder mit Scheinantworten zu lösen vorgibt. Die Zwieschlächtigkeit, die oft dazuführt, daß unvermittelt die Gedankenwelt des (Post-)Stalinismus neben richtigen Erkenntnissen aus den Rekonstruktionsbemühungen der Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt lagert, ist eine beinahe ständig anzutreffende Struktur. Diese Struktur ist jedoch alles andere als festgeronnen und erstarrt. Sie ist im Gegenteil ein sich ziemlich naturwüchsig einpendelndes Parallelogramm, wie es eben dem derzeitigen Charakter der FÖJ als "Sammelbewegung" entspricht. Hier gilt es "korrekt einzugreifen" und den sich deutlich genug abzeichnenden revolutionären Ansätzen zum Sieg zu verhelfen, bzw. die notorischen Vertreter eines revisionistischen Kurses vor eine Entscheidung zu stellen.

TEACH-IN

*„offensiv links“ stellt seine
Kandidatur zu den Nationalrats-
wahlen 1971 zur Diskussion*

*Damit wird die Debatte um die
Perspektiven der Linken in
Österreich wieder aufgenommen.*

MITTWOCH, 6. OKTOBER 1971

NIG/HS II

UNIVERSITÄTSSTRASSE 7

20 Uhr

p.b.b.

Erscheinungsort: W I E N
Verlagspostamt/1040 Wien

